

Soziale Gerechtigkeit schaffen Kommunen stärken Reichtum besteuern



Vorschläge zum
Landeshaushalt 2010

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum

Soziale Gerechtigkeit schaffen, Kommunen stärken, Reichtum besteuern
Vorschläge zum Landeshaushalt 2010

Verantwortlich

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-3506090
Fax: 0611-3506091
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

V.i.S.d.P.: Willi van Ooyen, MdL
Fraktionsvorsitzender

Redaktion: Daniel Tietze, Jasmin Romfeld

Wiesbaden, März 2010

Inhaltsverzeichnis

Soziale Gerechtigkeit schaffen, Kommunen stärken, Reichtum besteuern	4
Kommunale Haushalte stärken – Steuerdumping beenden	6
Haushaltspolitische Schwerpunkte 2010	8
Soziales – Arbeit – Integration	9
Bildung – Wissenschaft – Kunst	11
Wirtschaft – Verkehr	13
Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz – nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume	16
Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Recht – Integration	19
Bildernachweis	23
Impressum	2

Soziale Gerechtigkeit schaffen Kommunen stärken Reichtum besteuern

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit unseren Initiativen zum Landeshaushalt 2010 legen wir Alternativen für eine ökologisch moderne und sozial gerechte Politik vor. Wir wollen mehr Geld für Bildung, Soziales und Umwelt. Die Ausgaben sichern wir durch eine solidarische Besteuerung, die endlich auch große Vermögen in die Pflicht nimmt.

Der Finanzmarktkapitalismus hat versagt. Auf Bundes- und auf Länderebene brechen die Steuereinnahmen weg und auch wirtschaftlich solide Unternehmen geraten in Schwierigkeiten. Sie müssen ihre MitarbeiterInnen in die Kurzarbeit schicken oder gleich entlassen. Das vorrangigste Ziel muss sein, die Zockereien an den Börsenplätzen zu beenden und die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an deren Kosten zu beteiligen. Die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer, die Einführung einer Finanzmarktransaktionssteuer und einer Großerbensteuer brächten dem Land Hessen bis zu zwei Milliarden Euro Mehreinnahmen.

Stattdessen ruinieren CDU und FDP die öffentlichen Kassen, indem sie Besserverdienende steuerlich entlasten und bereiten mit der Kreditsperre für den Staat („Schuldenbremse“) die Sozialkürzungen von morgen vor. Die Kosten der milliardenschweren Stützungs- und Konjunkturpakete werden wieder denen angelastet, die mittlere, geringe oder gar keine Erwerbseinkommen haben.

Den öffentlichen Haushalten in Hessen werden dieses Jahr aufgrund der schwarz-gelben Umverteilungspolitik 230 Millionen Euro fehlen – folgenscher für Kommunen, Städte und öffentliche Dienstleistungen.

Während das öffentliche Bildungssystem unterfinanziert bleibt, wird eine Elite-Uni wie die European Business School mit Millionenbeträgen versorgt. Statt aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, werden die Arbeitsmarktprogramme des Landes für Ältere gestrichen, die öffentliche Ausbildungsquote gesenkt und die Landesförderung für Altbewerber am Ausbildungsmarkt drastisch gekürzt.



Trotz desaströser Gewerbesteuerinbrüche und millionenschwerer Sonderlasten bei Erziehung, Bildung und Investitionsprogrammen werden den Kommunen ab 2011 pauschal 400 Millionen Euro gestrichen. Resultat dieser finanzpolitischen Geisterfahrt werden millionenschwere Sparorgien und Sonderbelastungen der Bürgerinnen und Bürger durch Abgaben- und Gebührenerhöhungen sein.

Wir wollen, dass ein gutes öffentliches Gemeinwesen finanzierbar bleibt, damit wir Zukunftsinvestitionen tätigen können, die nachhaltig den ökologischen Strukturwandel, ein faires und gutes Bildungssystem und eine sozial gerechte Politik vorantreiben können. Deshalb ist es richtig, ein gerechtes solidarischeres Steuersystem zu schaffen, das auf Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit als tragenden Säulen moderner Politik beruht, Kapital und Vermögen grundsätzlich solidarisch besteuert und so die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat schafft, statt ihn Stück für Stück auszuhungern.

Gemeinsam mit Ihnen, mit den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und Initiativen wollen wir dafür kämpfen.

Barbara Cárdenas Ulrich Wilken

Hermann Schaus Janine Wissler

Marjana Schott Willi van Ooyen

Kommunale Haushalte stärken – Steuerdumping beenden

Die Finanzlage der hessischen Kommunen ist heute schon alarmierend. Zu den aktuellen Steuereinbrüchen kommen nun noch die schwarz-gelben Steuerpläne für die Kommunalhaushalte und die öffentliche Daseinsvorsorge, die zu weiteren dramatischen Einnahmeverlusten führen werden.

Den hessischen Kommunen fehlen zum dritten Quartal 2009 1,2 Milliarden Euro an Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat bis 2010 Einnahmeverluste von knapp 2 Milliarden Euro in Hessen prognostiziert. Die Ausgaben der Kommunen steigen wegen der zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit drastisch. Alleine die Steuersenkungen der Großen Koalition aus SPD und CDU kosten die hessischen Kommunen bis 2010 680 Millionen Euro.

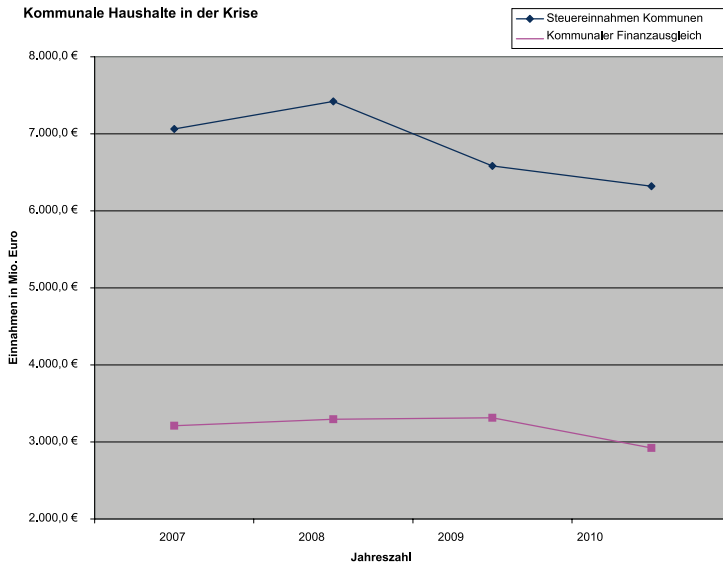
Die 87 Millionen Euro, die den hessischen Kommunen durch die schwarz-gelben Steuergeschenke für Großverdiener entzogen werden, sind im Verhältnis zu diesen Einnahmeverlusten eher gering. Sie verschärfen allerdings die jetzt schon angespannte Situation der Kommunalhaushalte, da die Steuergeschenke auf Pump finanziert und nicht einmal ansatzweise geeignet sind, für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen.

Die größte Gefahr droht durch die schwarz-gelben Steuerpläne. Die Gewerbesteuer wird von CDU und FDP Stück für Stück gerupft. Sie ist aber die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Die Koalitionäre wollen ab 2010 die Erhebungsgrundlage der Gewerbesteuer nicht nur verkleinern: Sie soll grundsätzlich in Frage gestellt werden. Was die Hartz-Kommission für Millionen Langzeitarbeitslose bedeutete, wird Schwarz-Gelb für die Kommunen sein: sozialer Kahlschlag. Alleine in Hessen würden so fast 4 Milliarden Euro an jährlichen Gewerbesteuereinnahmen wegbrechen.

Diese Politik führt dazu, dass ab 2010 der alte Fehler des Wegsparens öffentlicher Investitionen und freiwilliger Leistungen durch die Auszehrung öffentlicher Kassen befeuert wird. Damit wird das weitere Verschern öffentlichen Eigentums durch Privatisierungen und PPP-Projekte angeheizt. Unmittelbare Folge für Bürgerinnen und Bürger: Sie werden die Haushaltslöcher durch höhere Straßenerschließungsbeiträge, durch höhere KiTa-Beiträge und durch den Verzicht auf eine solide kommunale Infrastruktur bezahlen. Es droht eine erhebliche Reduzierung der so genannten freiwilligen Leistungen der Kommunen, also weitere große Streichungen bei sozialen Angeboten und Projekten, bei Bibliotheken, Schwimmbädern, Kultur und der Vereinsförderung.

Kommunal betriebenen Müll- und Abwasserentsorgungsunternehmen werden überdies Sonderlasten aufgebürdet, die mit drastischen Gebührensteigerungen

Entwicklung der Kommunalen Steuereinnahmen und Kommunalen Finanzausgleich 2007-2010



von den EinwohnerInnen bezahlt werden müssen. Die Landespolitik ist deshalb gefordert, den Kommunen finanziell den Rücken zu stärken.

Die schwarz-gelbe Landesregierung verschlimmert jedoch die chronische Unterfinanzierung der Kommunen. Sie will 2011 den Kommunalen Finanzausgleich um 400 Millionen Euro auf den niedrigsten Stand seit Jahren kürzen. Die meisten Landkreise sind schon heute überschuldet. Mehr als 100 Kommunen werden ihre Haushalte nur mit Sondergenehmigungen und Auflagen stemmen können. Die Schulden der 21 hessischen Landkreise von derzeit 1,7 Milliarden Euro werden sich nach Erkenntnis des Hessischen Landkreistages allein in den nächsten drei Jahren verdoppeln. Eine so schlechte Finanzausstattung der Kommunen gab es noch nie. Ab 2011 drohen die größten Haushaltslöcher in der Nachkriegszeit!

Gerade die Zukunftsaufgaben hessischer Landespolitik im Bereich der Erziehung, Bildung sowie der kommunalen und sozialen Daseinsvorsorge müssen aber solide finanziert werden.

Eine Gemeindefinanzreform und damit die Einbeziehung aller Selbstständigen würde das Aufkommen der Gewerbesteuer vermehren statt kürzen!

Unser Vorschlag: Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer von einem Prozent bei einem Freibetrag von 500.000 Euro würde den Kommunen jährlich weitere 300 Millionen Euro an Mehreinnahmen bringen. Alternativen in Form einer solidarischen Steuerpolitik sind also möglich.

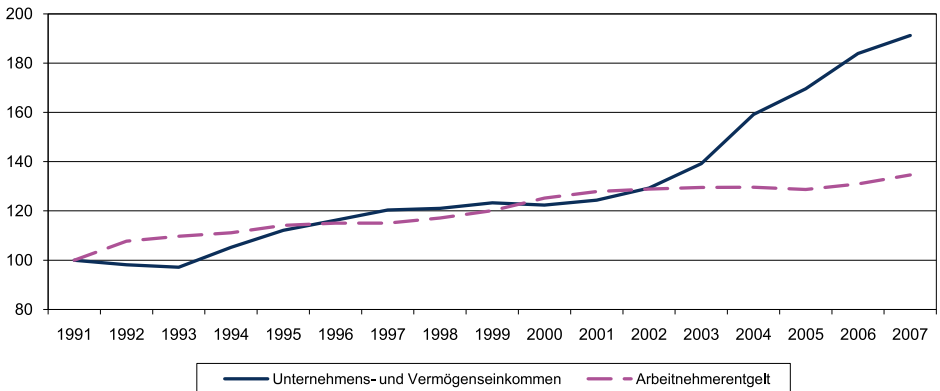
Haushaltspolitische Schwerpunkte 2010

In Zeiten der Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit müssen soziale Gerechtigkeit, eine ökologische Entwicklung, die Förderung von Beschäftigung sowie die Schaffung vernünftiger Rahmenbedingungen der öffentlichen Hand Vorrang haben.

Wir fordern, dass die Hessische Landesregierung Steuergeschenke für Vermögende im Bundesrat ablehnt, um Schaden von den öffentlichen Kassen abzuwenden. Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die Einführung der Großerbensteuer und ein besserer Steuervollzug sind nötiger denn je. Damit würden dem Land Hessen knapp 2 Milliarden Euro an Mehreinnahmen zukommen. Schulden und Kürzungen könnten vermieden werden.

Die Lebensverhältnisse der Studierenden müssen verbessert werden, indem mit einem Landesprogramm die Studentenwohnheime saniert und die Studentenwerke aufgabengerecht finanziert werden. Das Schulsystem wollen wir durch kleine Klassen mit Ganztagsschulangeboten und vernünftiger sozialpädagogischer Betreuung verbessern.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Arbeitnehmerentgelt in Hessen (Messzahlen, 1991=100)



Die Landesregierung lässt jeglichen Ansatz zu einer ökologischen Wende in der Verkehrspolitik vermissen. Dazu würde eine offensive Förderung des Öffentlichen Personenverkehrs gehören. Wir fordern ein Sozialticket für den ÖPNV, das für ganz Hessen gelten soll. Einen Beitrag zum Umweltschutz könnte das Land im Verkehrsbereich selbst leisten, indem der Landesfuhrpark auf schadstoffarme Fahrzeuge umgestellt würde.

Mit öffentlich finanzierter Beschäftigung wollen wir 10.000 sozialversicherungs-pflichtige und tariflich entlohnte Stellen für Langzeitarbeitslose ermöglichen. Die im Rahmen der „Operation Düstere Zukunft“ gestrichenen sozialen Beratungsangebote muss das Land wieder fördern.

Angesichts steigender Arbeitslosigkeit muss das Land Hessen seiner Verantwortung für Beschäftigung nachkommen. Etwa, indem es die Zahl der Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst um 600 Stellen erhöht, mehr Lehrer und Polizeianwärter einstellt und die Kürzungen bei der Förderung der Altbewerber für den ersten Ausbildungsmarkt zurücknimmt.

Im Bereich öffentlicher Dienstleistungen wollen wir den Trend zu Privatisierungen umkehren. Deshalb sollen sämtliche PPP-Vorbereitungen eingestellt werden. Zudem plädieren wir dafür, ein „Kompetenzzentrum Re-Kommunalisierung“ zu schaffen und die Arbeitszeitreduzierung der Landesbeamten voranzutreiben. Der Wiedereinstieg in die Tarifgemeinschaft der Länder ist ein Muss.

Mit unseren Initiativen zeigen wir Alternativen für ein sozial gerechtes Hessen auf, die durch eine solidarische Steuerreform finanzierbar sind.

Soziales – Arbeit – Integration

Krisenbekämpfung unmittelbar – Sozialetat aufstocken + 40 Mio. Euro

Seit 2004 wurden durch die Koch'sche Rotstiftpolitik der „Operation Düstere Zukunft“ die Mittel für mehr als 100 Sozial-, Beratungs- und Kulturprojekte gekürzt – viele davon vollständig. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise sind aber mehr Beratungsstellen für Arbeitslose, die Ausweitung der Weiterbildungsmöglichkeiten sowie kostengünstige kulturelle Angebote nötig. Wir wollen den sozialen Kahlschlag rückgängig machen. Wo erforderlich, sind Mittelaufstockungen vorzunehmen.

Soziale Teilhabe sichern – HessenCard einführen + 80 Mio. Euro

Die Fähigkeit zur Mobilität ist eine Voraussetzung für die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Wir wollen ein landesweit bezahlbares Ticket zum Preis von 15 Euro im Monat für finanziell Benachteiligte. Diese HessenCard soll zukünftig weiterentwickelt werden, sodass auch Sozialrabatte der kommunalen Einrichtungen (Bibliotheken, Bäder etc.) sowie Kultureinrichtungen (Kinos, Theater etc.) mit der HessenCard genutzt werden können. Wir wollen Vereine und Unternehmen dafür gewinnen, sich an solchen Sozialermäßigungen zu beteiligen.



Öffentliche Beschäftigung finanzieren + 108,1 Mio. Euro

Die im Zuge der Hartz-IV-Gesetze eingeführten Ein-Euro-Jobs haben weder zur Entstehung neuer Arbeitsplätze noch zu besseren Vermittlungsquoten geführt, sondern zur Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse.

Wir wollen die rund 16.000 hessischen Ein-Euro-Jobs in reguläre, tariflich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln. 2010 sollen mit einer Anschubfinanzierung zunächst bis zu 10.000 Stellen eingerichtet werden. Diese Stellen sind mit mindestens 10 Euro pro Stunde zu entlohnen. Sie müssen Existenz sichernd sein. Schwerpunkt sollen insbesondere die strukturschwachen und von starker Abwanderung junger Bevölkerungsgruppen betroffenen Regionen sein. Ohne politisches Eingreifen werden diese Gegenden in den nächsten Jahren vor massiven sozialstrukturellen Problemen stehen.

Bildung – Wissenschaft – Kunst

Gute Bildung und Betreuung von Anfang an – bessere ErzieherIn-Kind-Relation und kleinere Gruppen in KiTAs durch „Qualitätsoffensive Kinderbetreuung“ + 180 Mio. Euro

Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten sind der Grundstein für die Zukunft unserer Kinder. Daher sind eine Verbesserung der ErzieherInnen-Kind-Relation und eine Verkleinerung der bisherigen Gruppengröße um fünf Kinder notwendig.

Unser Ziel ist die Betreuung einer Gruppe mit höchstens 20 Kindern durch zwei qualifizierten Vollzeitkräften. Hierfür sind mindestens 7.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher notwendig.

Ganzheitliches Lernen möglich machen – Ausbau von gebundenen Ganztagschulen + 146 Mio. Euro

Als ersten Schritt fordern wir, dass 300 Schulen regional ausgewogen den umfassenden Ganztagsbetrieb aufnehmen. Hierfür sollen, in Kooperation mit den Kommunen, 2350 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer sowie weiteres pädagogisches Personal eingestellt werden.



Besseres Lernen durch kleinere Klassen + 62,4 Mio. Euro

Als ersten Schritt zu kleineren Klassen (-20 %) wird die so genannte Sternchenregelung flächendeckend für alle Klassen (auch die der Lernhilfesschulen) abgeschafft, wofür 1.000 zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen notwendig sind.

Bessere Prävention und Integration durch Ausbau von Schulsozialarbeit und Schulpsychologischem Dienst an Schulen + 26,2 Mio. Euro

Der notwendige Ausbau von Ganztagschulen, die Anforderungen von Inklusion und die schwierigen Entwicklungen an manchen Schulen machen den Einsatz zusätzlicher Fachpersonals dringend erforderlich. Wir fordern je 250 zusätzliche SchulsozialarbeiterInnen und 250 SchulpsychologInnenstellen.

Versteckte Gebühren abschaffen – Lernmittelfreiheit sicherstellen + 11 Mio. Euro

An vielen hessischen Schulen wird eine „Kopierpauschale“ für notwendige Unterrichtsmaterialien erhoben. Wir fordern die wirkliche Herstellung der Lehr- und Lernmittelfreiheit.

Sofortprogramm für ein Unterrichtsfach „Deutsch als Zweitsprache“ + 25 Mio. Euro

Zur verstärkten Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund fordern wir ein Programm zur Stärkung von „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ) und die Schaffung von 500 Stellen für Lehrerinnen und Lehrern.

Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) ausbauen + 800.000 Euro

Wir fordern einen Ausbau des Projekts „Jedem Kind ein Instrument“ von 70 auf 120 Schulen sowie die Abschaffung von Eigenbeteiligungen, wie dies auch der Fachbeirat JeKi empfiehlt.

Öffentliche Ausgaben für Bildung (ISCED 1 bis 6) in Relation zum BIP 2005 in %



Quelle: Internationales Bildungsinventar in Ländervergleich 2005, S. 143.

Kultur darf nicht zum Privileg für Reiche werden – Kürzungen im Kulturretat rückgängig machen + 1 Mio. Euro

Im Rahmen des Kürzungsprogramms „Operation Düstere Zukunft“ wurde im Kulturbereich, insbesondere bei der Künstlerförderung und den kleinen Theatern gekürzt. Das wollen wir rückgängig machen. Die zusätzlichen Mittel sollen zur regionalen Kulturförderung und zur Förderung von freien Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren verwendet werden.

Sicherstellung der Arbeit der Studierendenwerke zur sozialen Absicherung der Studierenden + 10,3 Mio. Euro

Das Land hat sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurückgezogen. Um den Studierendenwerken eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzierung zu ermöglichen, ist eine Erhöhung der Landesbeteiligung auf 30 % nötig.

Programm zur Renovierung und Sanierung von Studierendenwohnheimen + 150 Mio. Euro

Viele studentische Wohnheime und andere Immobilien der hessischen Studierendenwerke sind marode und baufällig. Analog zum staatlichen Hochschulprogramm HEUREKA fordern wir ein STEUREKA zur Sanierung der Studentenwohnheime.

Wirtschaft - Verkehr

Öffentliche Verantwortung wahrnehmen – Ausbildungsplätze beim Land schaffen + 3,75 Mio. Euro

Die Wirtschaftskrise verschärft die Krise am Ausbildungsmarkt. Gerade junge Menschen, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchen, sind den Schwankungen der Konjunktur ausgesetzt. Das Land muss gerade sie jetzt unterstützen. Wir fordern deshalb, die Kürzungen der Ausbildungsplätze bei den Landesverwaltungen zurückzunehmen und stattdessen 600 zusätzliche Ausbildungsplätze einzurichten.

... und Altbewerberförderung erhalten + 5,2 Mio. Euro

Die Mittel zur Förderung der Ausbildung so genannter Altbewerber müssen erhalten bleiben. Die Landesregierung hat SchulabgängerInnen, die seit mehr als einem Jahr vergeblich auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind, die Fördermittel gekürzt und verlässt sich auf den Ausbildungsbonus der Bundesregierung. Angesichts von fast 10.000 Fällen in Hessen darf es nicht sein, dass der Landshaushalt ausgerechnet auf Kosten dieser jungen Menschen gesund geschrumpft werden soll.

Nachhaltig wirtschaften – Sozial-ökologisches Beschaffungswesen + 20 Mio. Euro

Land und Gemeinden sind zusammen die größten Kunden der Privatwirtschaft. Sie können ihre Aufträge an die Einhaltung sozialer und ökologischer Produktionsstandards knüpfen, an die die beauftragten Unternehmen gebunden sind. Um die Einhaltung dieser Auflagen wirksam zu überwachen und Verstöße gegen arbeitsrechtliche, tarifliche oder Umweltstandards zu ahnden, muss das Land 200 Stellen neu schaffen.

ÖPNV-Förderung aufstocken + 25 Mio. Euro – Straßenbau kürzen - 25 Mio. Euro

Wir fordern eine Aufstockung der Förderung des ÖPNV, um erschwingliche und umweltgerechte Mobilität in Hessen zu gewährleisten. Hierfür wollen wir 25 Millionen Euro aus Kürzungen im Bereich des Neu-, Um- und Ausbaus von Straßen nehmen.



Beweglich bleiben – Fahrrad-Kampagne + 0,5 Mio. Euro

Hessen verfügt über ein gutes Radwegenetz. Um dessen Nutzung zu fördern und gerade den innerstädtischen Verkehr aufs Rad umzulenken, schlagen wir eine Werbekampagne für die Nutzung von Fahrrädern und Radwegen vor.

Schadstoffreduzierter Fuhrpark + 4,7 Mio. Euro

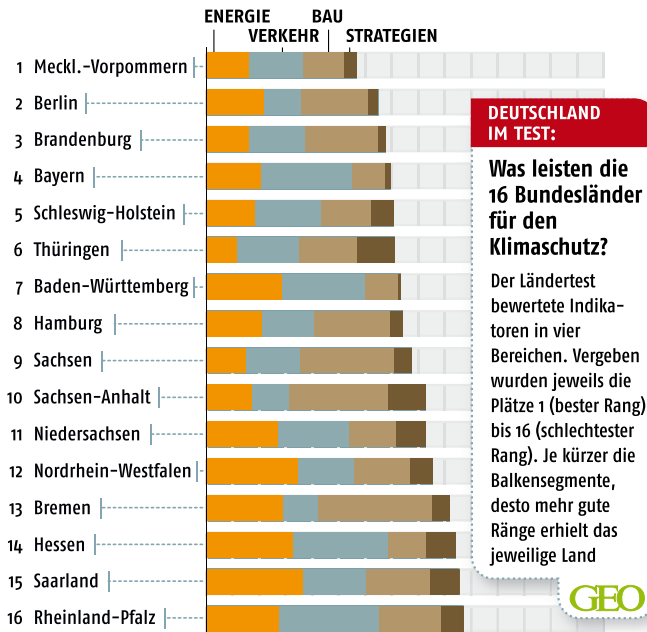
Das Land sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und sofort beginnen, seinen Fuhrpark EU-rechtskonform auf schadstoffärmere Fahrzeuge umzustellen.

Unsinnige Leuchtturmprojekte stoppen – Schluss mit Kassel-Calden - 1,4 Mio. Euro

Die Landesregierung setzt in der Verkehrspolitik weiter auf Auto und Flugzeug, die teuersten und umweltschädlichsten Verkehrsmittel. Der geplante Flughafen Kassel-Calden verspricht ein Millionengrab für Steuergelder zu werden. Alle weiteren Planungen dazu sollten jetzt eingestellt werden.

Keine Investitionen in Umweltverschmutzung, Klimawandel und Lärmbelastung - 2 Mio. Euro

Die Förderung rückwärts gewandter Verkehrspolitik, wie sie die Landesregierung mit der Einrichtung eines sogenannten House of Logistics and Mobility betreibt, lehnen wir ab. Die Ziele des Europäischen Luftfahrtkompetenzzentrums und des so genannten Automobilwissenschaftlichen Zentrums, welche dort eingerichtet werden sollen, sind zu einseitig und nicht zeitgemäß.



Entwicklungszusammenarbeit stärken + 260.000 Euro

Zahlreiche Gruppen und Organisationen in Hessen setzen sich für die Entwicklungszusammenarbeit ein. Hier geht es um soziale und ökologische Anliegen, von denen Menschen nicht nur im globalen Süden, sondern auch hier in Hessen unmittelbar betroffen sind. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben sich verpflichtet, ihre Anstrengungen in diesem Bereich auszuweiten. Wir fordern eine Verdopplung der Landesmittel zur Förderung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz – nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume



Klimaschutz und Energiewende sind untrennbar miteinander verbunden + 16,3 Mio. Euro

Die drohenden Gefahren durch den Klimawandel stellen auch die Menschen in Hessen vor große Herausforderungen. Im Bundesdurchschnitt werden 15% bis 16% des Stroms aus Erneuerbaren Energien hergestellt, in Hessen nur 5%. Die Umkehr der Verhältnisse heißt Energiewende und effizienter Einsatz von Ressourcen. Wir wollen ein Landesprogramm zur Stärkung der Entwicklung erneuerbarer Energieträger und umweltfreundlicher Verfahrenstechniken einführen. Rückkauf und Förderung der kommunalen Infrastruktur zur Energieversorgung sind dabei zentrale Anliegen. Entsprechende EU-Mittel sind zur Ko-Finanzierung stärker einzubinden.

Die Gegenfinanzierung erfolgt aus einer Grundwasserabgabe (ca. 85 Millionen Euro). Hieraus soll auch die wichtige Arbeit der Wasser- und Bodenverbände unterstützt werden.

Nachhaltige Zukunft wagen – klimaneutralen ÖPNV entwickeln + 4 Mio. Euro

Der ÖPNV muss im Betrieb klimaneutral werden. Die Steigerung von Energieeffizienz, Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und energetische Optimierung der Infrastruktur müssen ineinander greifen. Wir brauchen ein Forschungsprogramm mit Modellprojekten zur Förderung der Klimaneutralität.

Energie umwandeln – Klärwerke zu Biomassekraftwerken + 25 Mio. Euro

Das Einsparpotenzial aller kommunalen Kläranlagen in Deutschland liegt bei ca. 1,1 Terawattstunden pro Jahr. Das entspricht dem Stromverbrauch von 170.000 bis 200.000 Einwohnern. Die ca. 650 Klärwerke in Hessen sind für 20% des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Aus den Klärschlämmen und weiteren organischen Abfällen kann Biogas erzeugt werden, aus dem in Kraftwärmekopplung Strom und Wärme erzeugt wird. Bei größeren Klärwerken ließe sich der Energieverbrauch drastisch senken.

Wir wollen die energetische Optimierung der kommunalen Klärwerke in Hessen mit 25 Millionen Euro anschieben.

Umwelt und Ressourcen schützen – Neue Arbeitsplätze schaffen – Integrierte Entwicklung der ländlichen Räume + 12 Mio. Euro

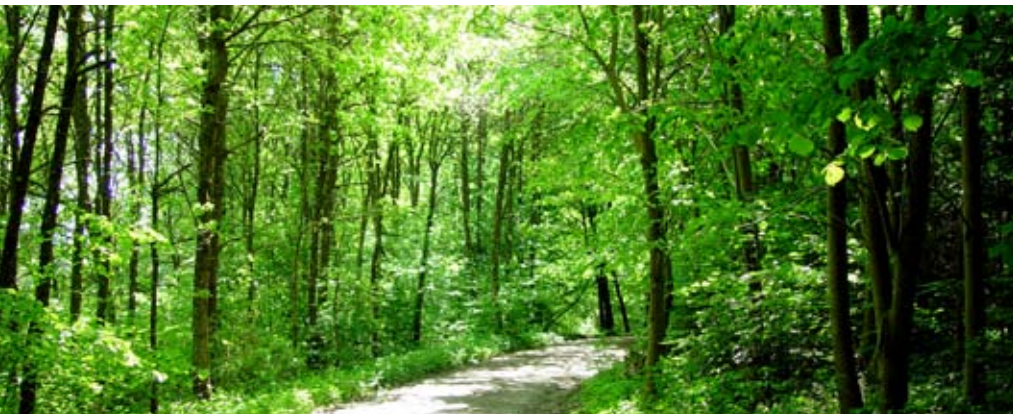
Den ländlichen Räumen kommt in Verbindung mit Forst- und Landwirtschaft eine große Bedeutung für den Schutz von Ressourcen, Lebensräumen sowie der Erholung zu. Für den sozial-ökologischen Umbau der ländlichen Räume – von der Förderung des ökologischen Landbaus und des Vertragsnaturschutzes über Infrastrukturmaßnahmen für eine nachhaltige Flächennutzung bis hin zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, beispielsweise für die Milchproduktion, fordern wir für 2010 eine Anschubfinanzierung von 12 Millionen Euro. In den nächsten Jahren muss dieses Engagement mit größeren Beträgen weitergeführt werden.

Gesundheit schützen – Lärmschutz umfassend ausbauen + 10 Mio. Euro

Die Lärmkartierungen und die Erarbeitung von Lärmaktionsplänen für Ballungsräume in den letzten Jahren haben nachdrücklich die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung aufgezeigt. Lärmschutz, z.B. die Einhausung an der Autobahn 661 in Frankfurt, im Rheintal oder der A 5, muss vom Land stärker finanziert werden. Zum Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm müssen in den nächsten Jahren dreistellige Millionenbeträge aufgewendet werden..

Beschäftigung in der Forstwirtschaft + 7 Mio. Euro

Nach den Kürzungen durch die Landesregierung in den letzten Jahren müssen für die Arbeiten im Forst 200 neue Waldarbeiter und 100 Auszubildende eingestellt werden. Zusätzlich müssen jeder Revierförsterei mindestens ein/e ForstwirtschaftlerIn zugeordnet werden. Der Personalbedarf liegt bei 100 bis 150 Stellen. Nur so können sie den gesetzlich festgeschriebenen Bildungsaufgaben und einer, seitens der LINKEN unterstützten, Zertifizierung der Hessischen Wälder nachkommen.



Verbraucherschutz ausweiten – Verbraucherrechte stärken + 1,5 Mio. Euro

Verbraucherschutz sowie die Überwachung der Umwelt sind in deregulierten Zeiten wie diesen zunehmend wichtig. Immer mehr Menschen haben Beratungsbedarf bei der Auswahl und dem Wechsel von Telefon-, Strom- oder Gasanbietern, bei Internet- und Bankgeschäften, der Auswahl einer zusätzlichen Altersversorgung oder dem täglichen Einkauf von z.B. gentechnikfreien Nahrungsmitteln. 50 Cent pro EinwohnerIn sind für die Beratungstätigkeiten der Verbraucherschutzzentralen mindestens notwendig, was für Hessen eine Verdopplung der Mittel bedeuten würde.

Umweltberichterstattung qualifizieren + 450.000 Euro

Das Land kann seiner zentralen Aufsichtspflicht im Bereich der Umweltüberwachung nicht nachkommen. Zur Einschätzung der komplexen Umweltbelastungen für Menschen in Ballungsräumen und als Planungshilfe brauchen wir Langzeituntersuchungen mit Human- und Biomonitoring. Zusammen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Umweltverbänden soll ein solches Programm erarbeitet werden.

Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Recht – Integration

Re-Kommunalisierung statt Privatisierungen - 4,5 Millionen Euro

Roland Koch hat Hessen zu einem Musterland der Privatisierung gemacht. Öffentliche Gebäude, Energieversorger, Krankenhäuser, Schulen und selbst Gefängnisse wurden verkauft oder teilprivatisiert. Das Land Hessen fördert sogar aus Steuermitteln Public-Private-Partnership Projekte (PPP), die nachweislich immense Verluste und Verschuldung für die Öffentliche Hand bedeuten, mit Millionen an Steuergeldern.

Wir wollen diesen Prozess umkehren: Mit einem Änderungsantrag soll das „Kompetenzzentrum PPP“ aufgelöst und stattdessen ein „Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung“ geschaffen werden. Das Land soll Kommunen qualifiziert beraten, die beispielsweise ihre Energie- und Wasserversorgung dezentral, öffentlich und in regionalen Wirtschaftskreisläufen organisieren wollen.

Nein zum Überwachungsstaat und für eine freie Gesellschaft - 3,2 Mio. Euro

Geheimdienste, die allmächtig und unkontrolliert die Bevölkerung bespitzeln und überwachen, gefährden und zerstören Demokratie und Freiheit. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Geheimdienste in einem Sicherheitswahn immer weiter aufgebläht werden. Dem Hessischen Verfassungsschutz sind seit 2006 über 35 % mehr Mittel zugewiesen worden, während in allen anderen Bereichen wie Polizei, Schulen und Kommunen immer weiter gekürzt wird. Wir wollen im Haushaltsentwurf eine Kürzung der Mittel für den Geheimdienst auf das Niveau von 2006. Ein Teil dieser Mittel soll für ein „Aktionsbündnis interkulturelle Begegnung“ bereitgestellt werden.

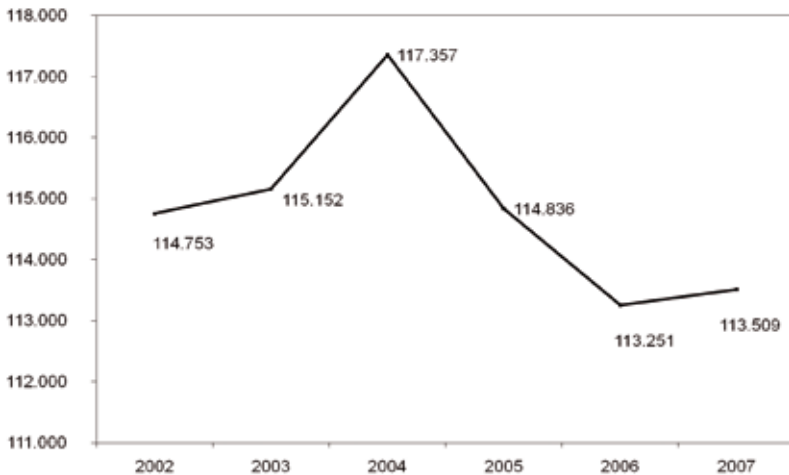
Neofaschismus bekämpfen – zivilgesellschaftliches Engagement fördern! + 3 Mio. Euro

Auch Hessen hat ein zunehmend ernsthaftes Problem mit neo-faschistischer Gewalt. Wir wollen für ein „Aktionsbündnis interkulturelle Begegnung“ insgesamt 3 Millionen Euro bereitstellen. Es soll Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte unterstützen, die sich der Jugendaus- und -weiterbildung, der Förderung interkultureller Begegnungen und dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechts widmen. Das Land soll gemeinsam mit diesen zivilgesellschaftlichen Gruppen einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Neo-Faschismus, Rassismus und Antisemitismus auflegen.

Überstunden und Belastung abbauen – Polizeidienststellen im ländlichen Raum erhalten + 2 Mio. Euro

Auch die Hessische Polizei musste unter Personalkürzungen massiv leiden, so dass einzelne Dienststellen kaum noch zu besetzen sind. Wir wollen eine sofortige Erhöhung der Kapazität bei Anwärterinnen und Anwärtern auf 600 Stellen pro Jahr. So kann innerhalb der nächsten Jahre mehr Personal in die Dienststellen kommen und die Schließung von Polizeidienststellen im ländlichen Raum verhindert werden.

Entwicklung der Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst 2002-2007 in Hessen



Quelle: Kai Eicker-Wolf, DGB Hessen

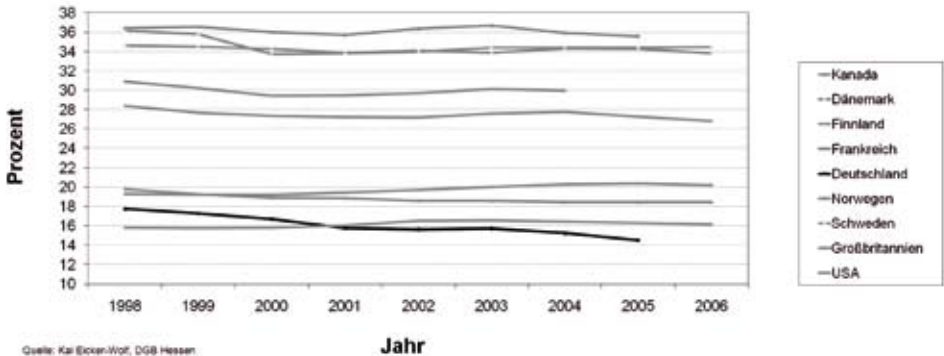
Deregulierung beenden – Staatsquote erhöhen! + 154 Mio. Euro

Teil der neoliberalen Kahlschlag-Politik der vergangenen Jahre war der massive Rückbau staatlicher Beschäftigung. Deutschland ist heute das Schlusslicht im internationalen Vergleich – selbst die USA beschäftigen inzwischen mehr Personal im Öffentlichen Dienst.

Wir wollen den Ausbau des Öffentlichen Dienstes nach skandinavischem Vorbild: Mehr Staatstätigkeit für bessere Bildung, Gesundheit und die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten soll wie die der Angestellten von 42 auf 40 Stunden reduziert werden. Die Reduzierung der Wo-

chenarbeitszeit um eine Stunde entspräche 2.900 zusätzlichen Stellen. Das sind dringend benötigte Arbeitsplätze im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich sowie bei Polizei und Justiz.

Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor, internationaler Vergleich



Stärkung der Sozialgerichte – Schaffung zusätzlicher SozialrichterInnenstellen + 0,9 Mio. Euro

Gerichte als unabhängige Kontrollinstanzen müssen staatliches Handeln immer überprüfen können, um so die Einzelnen vor ungerechtfertigten Eingriffen zu schützen; die Rechtsprechung muss zeit- und bürgernah erfolgen. Diesen Ansprüchen können die Gerichte nur entsprechen, wenn sie hinreichend ausgestattet sind. Sozialrichterinnen und -richter sind aufgrund der Hartz-IV-Gesetzgebung und ihrer rechtswidrigen Umsetzung aber einer kaum zu bewältigenden Prozessflut ausgesetzt. Wir wollen mit zwölf zusätzlichen SozialrichterInnenstellen den Anspruch der Rechtsuchenden auf zeitnahe und qualifizierte Rechtsprechung sicherstellen.

Sicherstellung menschenwürdiger und gesunder Verpflegung im Strafvollzug – Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels + 4,5 Mio. Euro

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Resozialisierung. Das bedeutet (Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft. Grundvoraussetzung der Resozialisierung ist eine angemessene Behandlung und Unterbringung der Inhaftierten. Für den Einkauf von Lebensmitteln werden in Hessen pro Hafttag und Inhaftierten

2,09 Euro ausgegeben. Eine vollwertige, den Erkenntnissen der modernen Ernährungslehre entsprechende Verpflegung ist damit nicht möglich. Wir fordern daher – als Beginn – eine Verdoppelung der Gelder für die Gefangenenverpflegung.

Integration fördern – Gleichberechtigte Teilhabe in Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit + 2,9 Mio. Euro

Integration braucht einen systematischen zielgruppenorientierten Förderansatz. Einen ersten Schritt in diese Richtung macht die Landesregierung mit dem neu entwickelten Programm „Modellregion Integration“. Ausgewählt wurden jedoch nur vier Städte und zwei Landkreise von 17 Bewerbern, die im Haushaltsjahr 2010 starten können – obwohl alle nach Feststellung des Ministeriums gleichermaßen erfolgversprechende Bewerbungen abgegeben hatten.

Um das Ziel Integration in Hessen durch gleichberechtigte Teilnahme an Bildung und Erwerbstätigkeit glaubwürdig umzusetzen, wollen wir, dass alle 17 Bewerber als „Modellregion Integration“ teilnehmen können.

Absolventen/Abgänger (Deutsche/Ausländer; Männer/Frauen) nach Abschluss-Schularten in Hessen, Schuljahresende 2006/2007, in Prozent

Abschluss-Schulart	Ausländer		Deutsche	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Ohne Hauptschulabschluss	18,0	13,9	7,9	5,0
Mit Hauptschulabschluss	42,3	36,5	25,6	18,8
Mit Realschulabschluss	30,1	34,9	40,9	42,0
Mit Fachhochschulreife	1,7	2,9	2,3	2,8
Mit allgemeiner Hochschulreife	7,8	11,7	23,3	31,4
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a; eigene Berechnungen.

Bildernachweis

- Deckel
 - swimming pool © Natalie; fotolia
 - books © Snezana Skundric; fotolia
 - preschoolers © Monika Adamczyk; fotolia
 - Symbolbild Taschenrechner Geld © bilderbox; fotolia
 - Solarmodul3 © danielschoenen; fotolia
- Seite 5: DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
- Seite 7: Kommunalfinanzen; erstellt von Daniel Tietze
- Seite 8: Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Arbeitnehmerentgelt in Hessen 1991-2007, Abb. Volkseinkommen Statistisches Landesamt Hessen 2009
- Seite 10: Armutsatlas Paritätischer Gesamtverband, Paritätische Forschungsstelle Dr. Rudolph Martens, April 2009; Armutsquoten für Hessen 2007 aus dem Armutsatlas 2009
- Seite 11: „Demo für bessere Bildung in Hessen“ am 14. Januar 2009 in Frankfurt am Main, fotografiert von Dietmar Treber
- Seite 12: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2008, Bildungsfinanzbericht der Bundesregierung 2008
- Seite 14: Ankunft Bahn © Marcel Schauer; fotolia
- Seite 15: In Sachen Erneuerbare Energien ist Hessen eines der Schlusslichter; GEO-Infografik Gruner+Jahr AG & Co KG; Dezember, 2007
- Seite 16: Energie © John; fotolia
- Seite 18: forest track © Nik Frey; fotolia
- Seite 20: Entwicklung der Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst 2002-2007, Grafik erstellt von Kai Eicker-Wolf, DGB
- Seite 21: Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor im internationalen Vergleich, Grafik erstellt von Kai Eicker-Wolf, DGB
- Seite 22: Absolventen/Abgänger (Deutsche/Ausländer; Männer/Frauen) Abschluss-Schularten in Hessen, Schuljahresende 2006/2007, in Prozent; aus: Garloff, A., Burkert, C., Schaade, P.: Frauen auf dem Vormarsch? Frauen und Männer am Ausbildungsmarkt in Hessen 2008; in: IAB Regional 1/2009; Tabelle 14, S. 46

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Tel.: 06 11-3506090

Fax: 06 11-3506091

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

Internet: www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG